

Jürgen Reuter

Der türkisch-griechische Grenzkonflikt – Grenzvision in der Ägäis?

Seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regimes sind in Europa neue Grenzen entstanden, Staaten haben sich aufgelöst oder einzelne Teile sind aus einem bestehenden Staatsverband ausgetreten. In Griechenland wirkt besonders die kriegsartige Auflösung des Nachbarlandes Jugoslawien als Negativbeispiel für solche Auflösungserscheinungen und der darauf folgenden Errichtung neuer Grenzen. Vor allem aber steht Griechenland mit der Türkei traditionell in einem äußerst konfliktreichen Verhältnis. Strittig sind vor allem folgende Bereiche:

- die Ausdehnung der Territorialgewässer und des Festlandsockels in der Ägäis,
- die Begrenzung des Luftraums zwischen beiden Staaten,
- die nunmehr seit über 20 Jahren andauernde Besatzung des Nordteils Zyperns durch die türkische Armee.

Weitere Konfliktpotentiale liegen

- in der Behandlung und den Aktivitäten der moslemischen Minderheit in West-Thrakien sowie der griechischen Minderheit in Istanbul,
- in der Frage des militärischen Status der griechischen Ostägäis-Inseln und nicht zuletzt

■ in der Existenz einer mit zahlreichen Landungsbooten ausgestatteten türkischen militärischen Einheit in Izmir, der 4. Armee („Ägäis-Armee“).

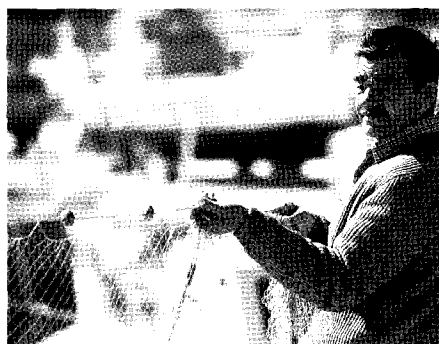
Vor allem die griechisch-türkische „Imia-Krise“ hat zu Beginn des Jahres 1996 die in Griechenland latent bestehende Furcht vor Grenzrevisionen abermals gesteigert. Was war passiert?

Am 25. Dezember 1995 strandete ein türkisches Handelsschiff bei der aus mehreren Felsen bestehenden Inselgruppe Imia (türkisch: Kardak) östlich der Dodekanes-Insel Kalymnos. Der Kapitän lehnte griechische Hilfe mit dem Argument ab, er befinde sich in türkischen Hoheitsgewässern und verlangte ein türkisches Schiff. Ein griechischer Schlepper zog zwei Tage später dann doch das gestrandete Schiff ins Meer hinaus. Am 29. Dezember 1995 und am 9. Januar 1996 tauschten Ankara und Athen in diplomatischen Noten ihre Standpunkte zu dem Vorfall aus: Athen zufolge gehören die Inseln zur Dodekanes-Gruppe, die Türkei betonte, daß die Inseln im Kataster des Küstenortes Mugla verzeichnet und folglich türkisch seien. Der griechische Standpunkt stützt sich auf die Verträge von Lausanne aus dem Jahre 1923 (Artikel 15) und den Pariser Friedensvertrag von 1947 zwischen den Alliierten und Italien (Artikel 14). In beiden Verträ-

gen ist von den Dodekanes-Inseln und den umliegenden Inselchen die Rede. Diese Inseln wurden 1923 von der Türkei an Italien und 1947 von Italien an Griechenland abgetreten.

Am 25. Januar 1996 hißte der Bürgermeister von Kalymnos gemeinsam mit drei Bürgern auf einer der Felseninseln die griechische Flagge. Zwei Tage später flogen Redakteure der türkischen Zeitung „Hürriyet“ unter großem Medienrummel mit einem Hubschrauber auf den gleichen Felsen, holten die griechische Fahne ein und hißten die türkische. Nun folgte ein „Medienkrieg“ zwischen beiden Ländern. Griechenland entsandte Marineeinheiten auf die Insel, welche die blauweiße Fahne wieder aufrichteten. Auch Ankara entsandte nun Kriegsschiffe in die Region und hatte für einige Zeit Landungstruppen auf der griechischen Felseninselgruppe. In der Nacht des 31. Januar konnte die Krise auf telefonische Vermittlung des US-Präsidenten Clinton und seiner Administration entschärft werden. Beide Staaten zogen ihre Kriegsmarine ab und stellten den status quo ante wieder her. Während die Türkei diesen Ausgang als Sieg feierte, mußte sich Ministerpräsident Simitis mit Kritik – auch aus den eigenen Reihen – auseinandersetzen, hatte er doch zugestimmt, daß die griechische Fahne auf der Insel eingeholt wurde. In Griechenland ist





seitdem eine heftige Debatte über die künftige Türkei politik des Landes und über die „Bedrohung aus dem Osten“ entbrannt. Diesmal habe es sich nicht um den alten Ägäis-Konflikt (Ausdehnung des griechischen Festlandsockels, des Luftraumes oder der Territorialgewässer) gehandelt, vielmehr habe die Türkei nun erstmals direkt die griechische Souveränität über griechisches Territorium in Frage gestellt (So Christos Rozakis, in der griechischen Tageszeitung „Ta Nea“ vom 1.2.1996).

Die zögernde Haltung der Europäer und der Amerikaner, in diesem Konflikt deutliche Position zugunsten der territorialen Integrität Griechenlands zu beziehen, hat in Hellas zu weiterem Mißtrauen, vor allem gegenüber den europäischen „Großmächten“ geführt. Bereits kurz nach der Imia-Krise reiste Simitis in wichtige europäische Metropolen (London, Paris, Bonn), um für Unterstützung der griechischen Position im jüngsten Streit mit Ankara zu werben. Griechenland erhielt von der EU später die Bestätigung, daß seine Grenzen zugleich die Außengrenzen der Union seien. Eine ausdrückliche Bestätigung, wo diese Außengrenzen denn in der Ägäis verlaufen, gibt es aber nicht. Dazu betonte der Athener Parlamentsabgeordnete Stefanos Manos treffend: Die Entschließung des Europaparlaments über die Grenzen Griechenlands als Außengrenzen der

Union sei zwar erfreulich, der Kern des Problems sei jedoch der, daß eine kartographische Abbildung dieser Außengrenzen erstellt werden müsse. Hier würden sich möglicherweise die Geister scheiden. Es stelle sich nämlich nicht die Frage, ob die Grenze Griechenlands auch die Außengrenze der EU darstelle, sondern wo nach Auffassung der europäischen Partner diese Grenze verlaufe.

Bei der innenpolitischen Diskussion in Griechenland um die künftige Ausgestaltung der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), ein Themenschwerpunkt bei der „EU-Regierungskonferenz 1996“, zeichnete sich ab, daß Hellas eine Garantie seiner derzeitigen

Grenzen für ein besonders wichtiges politisches Ziel halten würde. Im griechischen Parlamentsbericht vom März 1996 wurde das Ziel der Anerkennung, der Achtung und der Garantie der Außengrenzen der Europäischen Union explizit formuliert. Dies wurde verbunden mit der Feststellung, daß die Grenze Griechenlands schließlich Bestandteil dieser EU-Außengrenze sei.

Es ist allerdings sehr fraglich, ob sich eine solche Formulierung in dem von der Regierungskonferenz 96 revidierten Maastrichter Vertrag wiederfinden wird, schließlich haben die großen europäischen Staaten mehrmals deutlich gemacht, daß sie möglichst nicht in einen griechisch-türkischen Konflikt involviert werden möchten.

Dr. Jürgen Reuter ist Kollegiat am Kulturwissenschaftlichen Institut im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen.

